

# Die Nürnberger Gemeindewahlen

von 1896—1924.

Aus dem Ergebnis direkter Wahlen für Reich, Land oder Gemeinde lassen sich zwei grundlegende Tatsachen erkennen: Der Grad des Interesses der Wahlberechtigten an der Wahl und die politische Einstellung der Wählerschaft. Diese beiden wichtigen Punkte sollen im Folgenden für die Nürnberger Gemeindewahlen in den letzten 30 Jahren zahlenmäßig dargestellt und — wenn auch nur ganz kurz —

erläutert werden. Dabei ist zu bemerken, daß es sich hierbei vor dem Jahre 1919 um die Hauptwahlen zum Kollegium der Gemeindebevollmächtigten handelt, das dann seinerseits die Wahl der bürgerlichen Magistratsräte vollzog, während sich seit 1919, dem Einführungsjahr des Einhammersystems, die Zahlen auf die Wahl der nichtberufsmäßigen Stadträte beziehen.

Jahr der Wahl	Zahl der		Wahlbeteiligung (in %)	Von 100 Stimmen trafen auf Kandidaten der							waren zerstückelt bezw. ungültig
	Wahlberechtigten	Wähler		freisinnigen (fortschrittl.) Volkspartei	national-liberalen Partei	Deutschen Volkspartei	sozialdemokratischen Partei	demokratischen Partei	Mittelstandsvereinerung	Zentrums-partei	
1896	8 301	6 277	75,6	(Partei 1 und 2)		4,4	28,8	—	—	—	0,1
1899	11 595	9 352	80,7	(Partei 1 und 2)		(Partei 3 und 4)		—	—	—	0,0
1902	13 273	11 171	84,2	(Partei 1, 2 und 3)			33,4	—	—	0,0	
1905	16 366	13 708	83,8	(Partei 1, 2 und 3)			40,2	—	—	0,5	
1908	23 761	21 726	91,1	(Partei 1 und 2)		4,4	44,4	—	6,7	5,5	0,0
1911	27 892	25 576	91,7	(Partei 1 und 2)		—	45,5	6,0	8,2	4,7	0,0
1914	30 957	23 383	75,6	27,8	11,4	—	40,1	4,8	9,6	6,3	0,0
1919	200 792	138 763	69,1								0,0
1924	253 659	211 759	83,5	(Für die Parteigruppierung der Jahre 1919 und 1924 siehe die nächste Übersicht)							2,6

Die Übersicht zeigt, daß die Zahl der Wahlberechtigten ständig zugenommen hat. Bis zum Jahre 1919 war dies — abgesehen von dem natürlichen Wachstum der wahlberechtigten Bevölkerung durch das Vorrücken stärkerer Jahrgänge in das wahlfähige Alter und durch Eingemeindungen — darauf zurückzuführen, daß mehr selbständige volljährige Männer die Voraussetzung zum aktiven Wahlrecht, das Bürgerrecht, erwarben als früher. Während die Einwohnerzahl Nürnbergs von 1896 bis zur letzten Friedenswahl im Jahre 1911 nur von 166 000 auf 339 000, also auf das Doppelte stieg, hat sich die Zahl der Wahlberechtigten in dieser Zeit mehr als verdreifacht (8301: 27 892). Als dann im Jahre 1919 das Wahlrecht nicht mehr an die Erlangung des Bürgerrechts geknüpft war und außerdem dem weiblichen Geschlecht das Wahlrecht zugebilligt wurde, stieg die Zahl der Wahlberechtigten auf das Siebenfache, und bei der Wahl im Jahre 1924 auf das Achtfache gegenüber der Wahl von 1914, die allerdings bereits während des Krieges — am 14. Dezember 1914 — stattgefunden hatte.

Die Wahlfreudigkeit, die sich in dem Prozentsatz der ihr Wahlrecht Ausübenden ausdrückt, stieg bis zum Jahre 1911 ebenfalls beträchtlich. 1914 war dann infolge des Krieges ein starkes Nachlassen des Interesses

zu verzeichnen, dem im Jahre 1919 ein weiterer Rückgang des Prozentsatzes der Wähler folgte. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß die am 15. Juni 1919 stattfindende Wahl bereits die dritte große Wahl dieses Jahres war. Im Jahre 1924 nahm die Wahlbeteiligung wieder beträchtlich zu. Zum Vergleich seien hier die Wahlbeteiligungsziffern der letzten fünf Wahlen in Nürnberg für Reichs- und Landesparlament — für letzteres stehen die Ziffern in Klammern — aufgeführt: 1907: 86,6 (71,7) %, 1912: 87,7 (75,0) %, 1919: 87,7 (91,6) %, 1920: 81,2 (81,3) % und 1924: 83,9 (83,3) %. Daraus geht hervor, daß von der Bürgerschaft den Wahlen zur Gemeindevertretung und zum Reichstag in den letzten Vorkriegsjahren besonderes Interesse entgegengebracht wurde, während die Landtagswahl beträchtlich weniger Wähler zur Urne brachte. Seit der Revolution ist jedoch der Prozentsatz der Wähler für den Landtag stark gestiegen und war im Jahre 1919 höher als bei den beiden anderen Wahlen, 1920 etwas höher als bei der Reichstagswahl und 1924 fast so hoch wie bei der Gemeindewahl.

Die Parteigruppierung der Wählerschaft vor dem Jahre 1919 ist aus den oben angegebenen Verhältniszahlen zu ersehen. Für die letzten beiden Gemeindewahlen wird das Stimmverhältnis nachstehend mitgeteilt:

Gemeindewahl im Jahre	Sozialdemokratische Mehrheitspartei	Unabhängige sozialdemokratische Partei	Kommunisten	Deutsche demokratische Partei	Bayerische Volkspartei	Bayerischer Mittelstandsbund	Volksgemeinschaft Schwarz-Weiß-Rot	Streicher	Christlicher Volksdienst	sonstiger Gruppen
1919	37,9	22,6	—	21,2	8,9	5,8 <sup>1)</sup>	—	—	—	3,6
1924	39,2 <sup>2)</sup>	0,5	7,0	6,3	7,1	8,2	15,3	12,2	2,4	1,8

Beim Betrachten der Wähler nach ihrer Parteizugehörigkeit fällt sofort auf, wie sehr sich die Zahl der Parteien, welche eigene Listen aufstellten, vermehrt hat. Während es vor 1908 nur zwei oder drei Listen gab, hat ihre Zahl seit der Wahl von 1908 sehr zugenommen; sie erreichte 1924 die stattliche Zahl von zwölf selbständigen Wahlvorschlägen. Diese Zunahme ist darauf zurückzuführen, daß durch das neue Gemeindewahlgesetz vom 15. August 1908 an die Stelle der Wahl nach der relativen Stimmenmehrheit die Verhältniswahl gesetzt wurde, durch welche auch kleineren Parteien wenigstens die Möglichkeit gegeben wurde, einen oder mehrere Bewerber durchzubringen. Freilich hat dies der Bildung recht kleiner Parteien Vorschub geleistet. So

sind unter der Bezeichnung „sonstige Gruppen“ in obiger Übersicht für 1919 die „alte demokratische Partei“ (1,6 %), die „Grund- und Hausbesitzerpartei“ (1,1 %) und der Wahlvorschlag „Gemeindereformer“ (0,9 %) zusammengefaßt. Für 1924 sind darin enthalten: die „Aufwertungs- und Sparspartei“ (1,3 %), der „Freiwirtschaftsbund“ (0,4 %) und die „Liste der Gastwirte und verw. Berufe Nürnberg“ (0,1 %). Auch die Auffindung der großen Linie der Wahlergebnisse, die im engen Rahmen dieses Aufsatzes nicht einmal versucht werden kann, wird durch die kleinen Parteien sehr erschwert. Immerhin dürfte die Stimmverteilung auf die einzelnen Parteien für die größeren und älteren Parteien ein einigermaßen klares Bild der Entwicklung ergeben.

<sup>1)</sup> Im Jahre 1919 lautete der Wahlvorschlag „Mittelpartei und Mittelstand“.

<sup>2)</sup> Seit dem Einigungsparteitag führte die Sozialdemokratie den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“.